

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Nicole Maisch, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kennzeichnung gentechnikfreier Fütterung bei tierischen Produkten ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der größte Teil der Verbraucher lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Allerdings sind die deutschen Konsumenten in ihren Möglichkeiten, dieser Ablehnung auch mit ihrem Kaufverhalten Ausdruck zu verleihen, stark eingeschränkt.

Weltweit werden gentechnisch veränderte Pflanzen von Agrokonzernen wie Monsanto vor allem zum Einsatz als Futtermittel angebaut. Die „Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel“, die auch die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln regelt, nimmt allerdings tierische Erzeugnisse ausdrücklich von der Kennzeichnungspflicht aus, auch wenn sie mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Aufgrund dieser Kennzeichnungslücke hat der Verbraucher keine Möglichkeit, auf tierische Produkte, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, verzichten zu können.

Bislang hat die EU noch keine Bereitschaft gezeigt, die Kennzeichnungslücke für tierische Produkte zu schließen. Darum muss national sichergestellt werden, dass Verbraucher erkennen können, dass das gewählte Produkt ohne den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel hergestellt wurde. EU-weit ist Österreich erfolgreich mit Wirtschaft, Bauern und Verbraucherverbänden bei der Kennzeichnungslücke für tierische Produkte vorangegangen.

In dem Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel (KOM(2006) 626 endgültig) räumt die EU-Kommission den einzelnen Mitgliedsländern diese Möglichkeit einer Kennzeichnung, wonach Verbraucher erkennen können, ob keine gentechnisch veränderte Organismen eingesetzt wurden, ausdrücklich ein.

Bundesminister Horst Seehofer hat ebenso wie die Fraktion und die Partei der SPD – zuletzt auf ihrem Hamburger Parteitag – einen entsprechenden Gesetzesantrag angekündigt. Zur Planungssicherheit für Wirtschaft und Landwirtschaft ist eine klare und umgehende Regelung zu schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gesetzlich zu regeln, dass die EU-Kennzeichnungslücke bei Produkten von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, auf nationaler Ebene geschlossen werden kann, damit Verbraucher eine echte Wahlfreiheit haben;
2. sich auf europäischer Ebene für eine Ausweitung der Kennzeichnungsverordnung (EG) 1829/2003 auf Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermittel gefüttert wurden, einzusetzen.

Berlin, den 7. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion